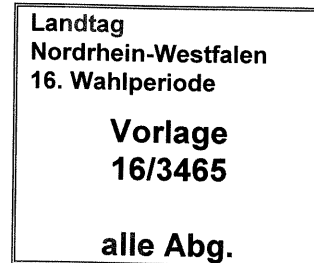


## **Vorlage**

**an den Haushalts- und Finanzausschuss**



### **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 16/9300  
Ergänzung der Landesregierung  
Drucksache 16/10150

**Einzelplan 07 - Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport**

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

**Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend**

#### **Votum:**

Der Einzelplan 07 wird, soweit er in die Zuständigkeit des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend fällt, in der durch seine Beschlüsse veränderten Fassung angenommen.



## **Bericht**

### **A Allgemeines**

Der Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016) der Landesregierung, Drucksache 16/9300 wurde vom Plenum nach der 1. Lesung am 3. September 2015 an den Haushalts- und Finanzausschuss - federführend - sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses "Personal" erfolgt, überwiesen.

Der in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend fallende Einzelplan 07 wurde in den Sitzungen des Fachausschusses am 17. September 2015, 29. Oktober 2015 und 19. November 2015 beraten.

In die Beratungen des Ausschusses floss der Inhalt des Erläuterungsbandes des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport (Vorlage 16/3172) mit ein.

In der Sitzung des Ausschusses am 17. September 2015 nahm der Ausschuss den Einführungsbericht der Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport entgegen (vgl. Ausschussprotokoll 16/995).

Zur Durchführung der Einzelberatungen wurde der in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend fallende Einzelplan 07 in der Sitzung am 29. Oktober 2015 aufgerufen (vgl. Ausschussprotokoll 16/1052). Wortmeldungen gab es nicht.

Die Fraktionen hatten vereinbart, dass die Möglichkeit bestehen soll, nach der 1. Beratung schriftliche Fragen an die Landesregierung zu richten, die dann in Form eines schriftlichen Berichtes zur 2. Beratung im Ausschuss schriftlich beantwortet sein sollten. Von diesem Verfahren haben die Fraktionen der CDU und der FDP Gebrauch gemacht. Das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport hatte diese Fragen innerhalb der im Ausschuss vereinbarten Frist beantwortet; die entsprechende Vorlage 16/3346 lag ebenfalls zu den Beratungen am 29. Oktober 2015 und 19. November 2015 vor.

Die Vorlage 16/3258 sowie das Ergebnis des Berichterstattegesprächs zum Einzelplan 07 (Vorlage 16/3301) wurden in die Beratungen ebenfalls mit einbezogen.

Die abschließende Beratung und Abstimmung fanden in der Sitzung am 19. November 2015 statt. Dieser Beratung lag auch die Ergänzungsvorlage der Landesregierung (Drucksache 16/10150) zu Grunde.

### **B Änderungsanträge der Fraktionen**

Die Fraktion der CDU legte zur abschließenden Beratung die als Anlagen 2, 4 und 5 beigefügten Änderungsanträge vor. Die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen legten die als Anlagen 1 und 3 beigefügten Änderungsanträge vor. Über diese Änderungsanträge wurde jeweils einzeln abgestimmt. Die gemeinsamen Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen wurden angenommen; die Anträge der Fraktion der CDU abgelehnt. Die jeweiligen Abstimmungsergebnisse ergeben sich aus den Anlagen.

## **C Abstimmung**

Bei der Abstimmung über den in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend fallenden Teil des Einzelplans 07 sprach sich der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der PIRATEN für dessen Annahme in der vom Ausschuss beschlossenen veränderten Fassung aus.

Margret Voßeler  
Vorsitzende

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07 zum Haushaltsgesetz 2016**  
Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
1	SPD Grüne	<p><b>Kapitel 07 030      Familiendienste und Familienhilfen</b>  <b>Titelgruppe 70      Förderung der Familienhilfe und Familienpolitik</b>  <b>Titel 684 70          Zuschüsse an freie Träger</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p style="text-align: center;"><b>2016:</b> <span style="float: right;"><b>2015:</b></span></p> <p>von 21.788.600 Euro <span style="float: right;">21.788.600 Euro</span>  um 2.000.000 Euro  auf 23.788.600 Euro</p> <p>Anpassung des Haushaltsvermerks Nr. 6 in der TG 70:  <i>Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von insgesamt 3.100.000 EUR der Einsparungen bei Kapitel 07 040 Titel 633 10, 633 20, 684 10 sowie Titelgruppen 62, 89 bis 94 und 97 geleistet werden.</i></p> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Mit der Erhöhung des Ansatzes soll die Finanzierung der Familienbildung auf eine solide Grundlage gestellt werden. Über einen Zufließvermerk (Nr. 6) aus dem KiBiz-Deckungskreis wird im Haushaltsplanentwurf der Landesregierung in gleicher Höhe die Finanzierung gesichert. Diese kann aber erst nach Feststellung der tatsächlichen Ausgabenhöhe im Bereich der frühkindlichen Bildung (vgl. Haushaltsvermerk Nr.2 zu den Ausgaben bei Kap. 07 040) ermittelt werden. Dies führte in der Vergangenheit zu einer erheblichen Planungsunsicherheit bei den Trägern.</p>	<p>SPD            ja  CDU            Enth.  GRÜNE        ja  FDP            Enth.  PIRATEN       Enth.</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
2	CDU	<p><b>Kapitel 07 040      Kinder- und Jugendhilfe</b>  <b>Titel 633 20        Kostenerstattung für die Elternbeitragsfreiheit</b>  <b>nach § 21 Abs. 10 des Gesetzes zur frühen Bil-</b>  <b>dung und Förderung von Kindern (KiBiz)</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2016</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2015</b></td> </tr> <tr> <td>von 162.540.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">154.773.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 162.540.900 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Mit der Beitragsfreiheit im letzten Kitajahr wird – insb. in Anbetracht der  aktuellen Herausforderungen im Elementarbereich - eine völlig falsche  Priorität gesetzt. Ferner ist das beitragsfreie Kindergartenjahr sozialpoli-  tisch der falsche Weg. Dadurch werden weder Bildungschancen verbes-  sert, noch besuchen nachweislich mehr Kinder die Kindertagesbetreuung.</p>	<b>2016</b>	<b>2015</b>	von 162.540.900 Euro	154.773.000 Euro	um 162.540.900 Euro		auf 0 Euro		<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2016</b>	<b>2015</b>																				
von 162.540.900 Euro	154.773.000 Euro																				
um 162.540.900 Euro																					
auf 0 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																						
3	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 07 040      Kinder- und Jugendhilfe</b>  <b>Titelgruppe 64      Leistungen für Mädchen in besonderen</b>  <b>                                 Lebenslagen</b></p> <p><b>Titel 684 64          Zuschüsse an freie Träger</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes:</p> <table border="0"> <tr> <td><b>2016</b></td> <td><b>2015</b></td> <td></td> </tr> <tr> <td>von 250.000 Euro</td> <td>250.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 500.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 750.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Verpflichtungsermächtigung (VE) bei Titel 684 64</b></p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td><b>2016</b></td> <td><b>VE lt. HH 2015</b></td> <td></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>- Euro</td> <td></td> <td>- Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>750.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>750.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Fälligkeit  2017: 450.000 Euro  2018: 300.000 Euro</p>	<b>2016</b>	<b>2015</b>		von 250.000 Euro	250.000 Euro		um 500.000 Euro			auf 750.000 Euro				<b>2016</b>	<b>VE lt. HH 2015</b>		von	- Euro		- Euro	um	750.000 Euro			auf	750.000 Euro			<table border="0"> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	Enth.
<b>2016</b>	<b>2015</b>																																								
von 250.000 Euro	250.000 Euro																																								
um 500.000 Euro																																									
auf 750.000 Euro																																									
	<b>2016</b>	<b>VE lt. HH 2015</b>																																							
von	- Euro		- Euro																																						
um	750.000 Euro																																								
auf	750.000 Euro																																								
SPD	ja																																								
CDU	Enth.																																								
GRÜNE	ja																																								
FDP	Enth.																																								
PIRATEN	Enth.																																								

	<p><b>Begründung:</b> Mädchen, die von häuslicher Gewalt und/oder von Zwangsheirat bedroht sind, befinden sich in einer akuten, besonderen Gefährdungssituation, in der häufig eine sofortige, anonyme Unterbringung erforderlich ist. Neben einer schnellen, unbürokratischen Aufnahme benötigen sie spezialisierte Begleitung. Insbesondere im Rheinland fehlt es hier an entsprechenden Plätzen. Die Mittel werden benötigt, um der besonderen Schutzbedürftigkeit und Vulnerabilität von Mädchen Rechnung zu tragen. In Form eines Modellprojekts soll ein Konzept für eine spezialisierte Einrichtung für Mädchen im Rheinland in der Größe von 8 Plätzen erstellt, umgesetzt und begleitet werden.</p>	
--	--	--



**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																				
4	CDU	<p><b>Kapitel 07 040      Kinder- und Jugendhilfe</b></p> <p>Aufnahme einer neuen Titelgruppe:  <b>Titelgruppe 98      Landesinvestitionsprogramm  „Kinderbetreuungsausbau“</b></p> <p>Aufnahme eines neuen Titels:  <b>Titel 633 98      Zuweisungen an Gemeinden</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2015</b></td> <td></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> <td></td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">50.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">50.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> </tr> </table> <p>Aufnahme einer Verpflichtungsermächtigung von 60.000.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b>  Ein neues Landesinvestitionsprogramm zum Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder von ein bis sechs Jahren soll – insbesondere aufgrund des starken Zuzugs von Flüchtlingskindern – die Kommunen dabei unterstützen, ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für alle Kinder breit zu halten. Die hierfür erforderlichen Mittel sollen zulasten der Beitragsfreiheit im letzten Kitajahr gehen.</p>		<b>2016</b>		<b>2015</b>		von	0 Euro			- Euro	um	50.000.000 Euro			- Euro	auf	50.000.000 Euro			- Euro	<b>SPD      nein</b> <b>CDU      ja</b> <b>GRÜNE      nein</b> <b>FDP      Enth.</b> <b>PIRATEN      Enth.</b>
	<b>2016</b>		<b>2015</b>																				
von	0 Euro			- Euro																			
um	50.000.000 Euro			- Euro																			
auf	50.000.000 Euro			- Euro																			

